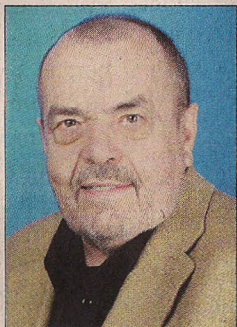


# Mitwirkungsrechte älterer Menschen verbessern

Gemünden/Felda (bw). „Wir wollen mehr Mitsprache- und Mitwirkungsrechte in Bereichen die Senioren betreffen“, so der 1. Vorsitzende des Seniorenbeirat Gemünden/Felda, Peter Krug (Foto). Gefordert wird ei-



ne Satzungsänderung, die der Seniorenbeirat bereits erarbeitet hat.

„Seit seinem Bestehen wird der Seniorenbeirat nicht oder nur wenig an Entscheidungen und Beratungen, die für Senioren von maßgebender Bedeutung sind, eingebunden“, kritisiert der Seniorenbeirat. Das habe zur Folge, dass Chancen und Möglichkeiten zur Verwirklichung der Teilhabe älterer Menschen am politischen Geschehen im derzeit rechtlich vorgegebenen Rahmen nicht optimal realisiert wurden. „Dies wollen wir ändern“, betont der Vorsitzende.

Gefordert wird: Alle Sitzungunterlagen zu den Sitzungen der Gemeindevertretung und deren Ausschüsse, gleichermaßen wie die Gemeindevertreter zu erhalten. Damit will der Seniorenbei-

rat erreichen, dass Informationen zu den betreffenden Tagesordnungspunkten zur Verfügung stehen. Dann kann sich die Gruppe vorab mit den Themen befassen, um dann selbst zu entscheiden, ob sie vor Be-

ginn der Sitzungen ein Rederecht beantragt.

## Hintergrund

Der Ausschuss für Jugend, Senioren, Soziales, Kultur und Sport hatte nach eingehender Beratung die gewünschte Satzungsänderung befürwortet und einstimmig der Gemeindevertretung in deren Sitzung am 15. September zur Beschlussannahme empfohlen. „Mit großem Befremden mussten der bei der Gemeindevertreterversammlung anwesende Seniorenbeirat zur Kenntnis nehmen, dass die Gemeindevertreter ohne jegliche Wortmeldungen bzw. Aussprachen die gewünschte Satzungsänderung mehrheitlich mit den Stimmen der BGG- und der UBL-Fraktion ablehnten, während die SPD-Fraktion geschlossen für den An-

trag stimmte“, kritisiert Peter Krug. Das Verhalten der betreffenden Parlamentarier sei für den Seniorenbeirat völlig unverständlich und zeuge in einem hohen Maße von absoluter Intoleranz gegenüber einem demokratisch

gewählten gemeindlichen Gremium. „Wir wünschen uns, dass diese Fehlentscheidung im Interesse der älteren Bevölkerung baldmöglichst korrigiert wird“, so der Vorsitzende abschließend.